

Reallohnerhöhungen

Die Chefbeamten erhalten mehr

Die Regierung möchte allen kantonalen Mitarbeitern 2 Prozent mehr Lohn zahlen. Andere wollen das Kader bevorzugen.

VON FREDDY TRÜTSCH

Regierung, vorberatende Kommission und Staatswirtschaftskommission sind sich im Grundsatz einig: Die Beamten sollen mehr Lohn erhalten. Über das Wieviel gehen die Meinungen aber auseinander. Während die Regierung eine lineare Realloohnerhöhung von 2 Prozent vorschlägt, bevorzugt die vorberatende Kommission eine differenzierte Lösung. Sie legt den Fokus auf das Kader. In Zahlen ausgedrückt heisst dies: 1 Prozent für die Lohnklasse 4 bis 21, 2,5 Prozent für die Klassen 22 und 23, und 5 Prozent für die Klassen 24 und 26.

Die Kommission lehne die generelle Realloohnerhöhung nicht aus Spargründen ab, schreibt deren Präsident Thomas Lötscher (FDP, Neuheim) in seinem Bericht. «Wir waren der Auffassung, dass mit der generellen Erhöhung die Rekrutierungsprobleme des Kantons beim Kader nicht gelöst werden.»

Vergleichbare Löhne

Es sei in der Beratung auch glaubhaft dargelegt worden, «dass der Kanton Zug in den Lohnklassen 4 bis 21 eher höhere Löhne zahlt als vergleichbare Kantone und der Markt. «In den Lohnklassen 22 bis 23 zahlt der Markt derzeit höhere Löhne, in den Klassen 24 bis 26 liegen die marktüblichen Löhne deutlich höher als diejenigen des Kantons.»

Mit dem «Giesskannenprinzip» der Regierung würde das Lohndefizit im Kaderbereich kurzfristig nicht beheben, sondern akzentuiert, wenn nicht gar zementiert, meint die Kommission.

PERSONALVERBÄNDE

Für generell 2 Prozent

Die Zuger Personalverbände lehnen die abgestufte Realloohnerhöhung ab. Diese Ungleichbehandlung sei schlicht nicht nötig. Vielmehr sollte «auf die unnötige Erhöhung der obersten Klassen, welche einer strukturellen Revision vorgreift, verzichtet werden. Damit würde der Weg frei für eine generelle Realloohnerhöhung von 2 Prozent für alle, wie sie der Regierungsrat als richtig erachtet», schreiben die drei Personalverbände.

Der Regierungsrat habe sich aus realpolitischem Kalkül und wohl auch aus einem gewissen Respekt gegenüber der Legislative für eine generelle Erhöhung ausgesprochen. Zwar hätten die Verbände vor Jahresfrist noch eine Realloohnerhöhung von 3 Prozent gefordert. Nachdem die Teuerung aber vollständig ausgeglichen werden sollte, «unterstützen wir den Vorschlag von 2 Prozent». ft

«Verträgliche Lösung»

Mit dieser Lösung, so ist die Mehrheit der Kommission überzeugt, kämen die Mitarbeiter der Klassen 4 bis 21 trotz wirtschaftlich unsicherem Umfeld zu einer Realloohnerhöhung, auch wenn die hoch gesteckten Erwartungen nicht erfüllt werden könnten. Bei den Kadermitarbeitern werde eine substantielle Lohnerhöhung und eine Annäherung an marktkonforme Gehälter in Aussicht gestellt. Der Rückstand könne allerdings erst in drei bis vier Jahren behoben werden.

Eine Minderheit der Kommission kann diesem Vorschlag nichts Positives abgewinnen. «Dieser Ansatz hätte zur Folge, dass rund 92 Prozent aller Staatsangestellten, das wären 1597 von 1729, sowie sämtliche Lehrpersonen auf die



Thomas Lötscher, Präsident vorberatende Kommission: «Wir lehnen 2 Prozent für alle nicht aus Spargründen ab.» BILD PD

Hälfte der generellen Realloohnerhöhung verzichten müssten.» Aus diesen Gründen sind diese vier Mitglieder dezidiert der Meinung, dass eine generelle Realloohnerhöhung im Umfang von 3 Prozent ein durchaus adäquates Zeichen der Anerkennung für die Leistungen des Staatspersonals und der Lehrpersonen darstelle.

Die Staatswirtschaftskommission präzisiert, dass die individuellen Löhne der Mitarbeiter durch Stufen- und Klassenerhöhungen aufgrund guter Leistung und Beförderungen in den letzten Jahren sehr wohl real angestiegen seien. Zudem profitierten langjährige Beamte von der Treue- und Erfahrungszulage. Nach 15 Jahren entspreche dies immerhin einem 14. Monatslohn. Grossmehrheitlich stimmt die

EXPRESS

- Die Realloohnerhöhung kostet jährlich 3,7 Millionen Franken.
- Die Lohnerhöhung an sich ist in den Kommissionen unbestritten.

Stawiko dem Antrag der vorberatenden Kommission zu. Ergänzend fügt sie an, dass in den Lohnsummen sowohl die aufgelaufene Teuerung bis Oktober 2008 (16,37 Prozent) und die beantragten Realloohnerhöhungen einzurechnen sind.

Ombudsmann für Beamte

Ausserdem hält Stawiko-Präsident Gregor Kupper fest, dass ab 2009 sämtliche Personalprozesse in der kantonalen Verwaltung überprüft, allenfalls neu definiert sowie einheitlich würden. Ebenfalls ab 2009 würden die Führungsprozesse optimiert und eine Ombudsstelle für kantonale Angestellte geschaffen. Das Personalgesetz werde in den Jahren 2009 bis 2012 total revidiert. Ferner werde ab dem Jahr 2010 der Schwerpunkt auf die Personalentwicklung gelegt.

REGIERUNGSRAT

Mehr Lohn ja – aber wie viel?

Vorberatende Kommission und Staatswirtschaftskommission sind sich einig: «Der Regierungsrat soll mehr verdienen.» Doch beim Wie und Wieviel gehen die Meinungen auseinander.

Die Regierung beantragt die zusätzliche Gewährung der Treue- und Erfahrungszulage. Die vorberatende Kommission stellt generell fest, dass die derzeitige Grundentschädigung von 200 327 Franken für einen Regierungsrat den tatsächlichen Anforderungen und Erwartungen nicht mehr entspreche. Die Treue- und Erfahrungszulage sei aber ein untaugliches Mittel für die erforderliche Lohnanpassung. Deshalb will sie im Rechtsstellungsgesetz einen fixen Betrag als Regierungsratsentschädigung festlegen. Berücksichtigen will man zusätzlich, dass ein solches Mandat nicht mehr im «Hauptamt» ausgeübt werden könne, sondern nur noch im «Vollamt». Die Kommission hat deshalb den heutigen Betrag um 20 Prozent erhöht. Somit würde ein Regierungsrat neu 240 392 Franken verdienen.

Die Minderheit der Kommission hält eine Lohnerhöhung für die Regierung für «weit überzogen». Damit würde sich der Kanton Zug die viert teuerste Regierung der Schweiz leisten. Sie schlägt eine Erhöhung um 11 Prozent vor.

Die Stawiko will auf die Vorlage gar nicht eintreten. Sie schlägt vor, das Problem durch eine Totalrevision des Rechtsstellungsgesetzes zu lösen. ft



Wie viel mehr im nächsten Jahr in die Portemonnaies der kantonalen Angestellten wandert, ist noch offen.

KEYSTONE

Kanton

Klimaschutz in den eigenen Reihen

Die Verwaltung lässt ihre Leute Energiebilanzen berechnen – und CO₂ einsparen. Der Kanton erhofft sich auch intern Auswirkungen.

red. Über die Internet-Plattform www.co2-monitor.ch sollen die kantonalen Angestellten ihre Kohlendioxid-Emissionen freiwillig erfassen und reduzieren: So will der Kanton «in Energie- und Klimafragen seine Möglichkeiten wahrnehmen und durch vorbildliches Handeln zur Nachahmung anregen.» Dies hielt der Regierungsrat zu Beginn des Jahres in seinem Energieleitbild fest. Seiner Absichtserklärung lässt der Kanton Taten folgen: Das Projekt des Amts für Umweltschutz ging vorgestern in die erste Runde mit

Infoveranstaltungen für alle interessierten Kantonsangestellten unter den 2000 Beschäftigten. Im Rahmen des Projektes «CO₂-Monitor» können diese sich über die Auswirkungen der globalen Erwärmung informieren und werden für die Anliegen der Energieeffizienz, der Förderung des Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung sensibilisiert.

Der Monitor ist ein Konto

Die Internet-Plattform geht auf private Initiative zurück. Der Veranstalter, die CO₂-Monitor AG, will mit der innovativen Online-Plattform einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und klimaschädigende CO₂-Emissionen langfristig senken. Am Projekt beteiligt sind Partnerorganisationen der Privatwirtschaft, unter anderen Migros, Coop oder Swisscom und öffentliche Verwal-

tungen wie das Bundesamt für Umwelt und energieschweiz.

Die Internetseite funktioniert ähnlich wie ein Online-Konto: Die persönlichen Emissionen werden anhand von Angaben zur Wohnsituation, zum Reiseverhalten und zu anderen klimarelevanten Ereignissen berechnet. Anschliessend kann sich jeder Nutzer ein Reduktionsziel setzen und dieses durch Energie sparende Massnahmen erreichen. Dabei helfen wertvolle Tipps: gefrorene Lebensmittel im Kühlschrank auftauen oder elektrische Geräte vom Strom trennen.

Der Kontostand kann jederzeit mit dem schweizerischen Durchschnitt verglichen werden. Gelingt es den Mitarbeitenden, ihre persönlichen Emissionen um 10 bis 20 Prozent zu senken, gleichen sie damit den gesamten Kohlendioxid-Ausstoss ihrer Fir-

men oder ihrer Organisationen aus. Erfolg verspricht sich auch der Kanton Zug: «Da die Verwaltung ein Dienstleistungsbetrieb ist, kann die vom Personal eingesparte Menge an CO₂ noch höher liegen als die Gesamtausstossmenge der kantonalen Verwaltung», so die Mitteilung.

Nur für die Verwaltung – noch

Vorerst steht diese Möglichkeit allerdings lediglich den kantonalen Angestellten zur Verfügung. Sie, die Zuger Polizei und die kantonale Lehrerschaft werden zurzeit in die Internet-Plattform CO₂-Monitor eingeführt. Das Amt für Umweltschutz prüft allerdings, ob auch grosse Firmen im Kanton Zug für das Projekt gewonnen werden können. «Ein langfristiges Ziel», hält der Kanton fest, «ist die Öffnung der Plattform für die gesamte Zuger Bevölkerung.»

ANZEIGE



Curling on the Top.

Curling auf Natureis in einer traumhaften Berglandschaft. 5-Sterne-Komfort inklusive. 7-Tage-Arrangement für Einsteiger: 17. bis 24. Januar 2008. Cups für Fortgeschrittene im Rahmen der «Quinzaine de Curling».

Für Ihre Reservation: 0 818 36 36 36

SUVRETTA HOUSE
7500 ST. MORITZ
WWW.SUVRETTAHOUSE.CH